№ 143 Sonntags-Ausgabe Berlin Sonntag, 25 März 1923
Stg. 12

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

300 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Turnen-Sport-Spiel, Für Reise und Wanderung.

Bezugspreis für März 5500 Mark. Zustellung durch eigene Boten und durch die Post. Unter Streifband 8000 Mark im Inland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: 500 Mark die mm-Zeile, Familienanzeigen 140 Mark netto die mm-Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695 Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 659

Die Einheitsfront.

Von

Georg Bernhard.

In der französischen Presse zeigt sich immer deutlicher das Bestreben, die „Sicherungsfrage" für die Ostgrenze in den Vordergrund der Diskussion zu schieben. Das ist kein Zufall und nicht ohne weiteres ein Zeichen für das Erstarken annexionistischer Pläne. Denn es muß bedacht werden, daß gleichzeitig die Unterhaltungen über die Zukunft der Rheinlande von London aus geführt wird. Es klingt zunächst paradox, wenn man das dahin deutet, daß die Aussichten für eine verhältnismäßig schnelle Beendigung der Ruhraktion besser zu werden beginnen. Aber man muß sich daran erinnern, daß namentlich von amerikanischer Seite immer betont worden ist, wie große Schwierigkeiten der unbefriedete Zustand Europas für die Begebung einer Anleihe in sich berge. Die amerikanischen Bankiers, die sich eventuell bereit erklären würden, an einer internationalen Reparationsanleihe mitzuwirken, sind ja schließlich bloß die Vermittler zwischen dem Reparationsschuldner und den breiten Massen des Publikums. Sie werden natürlich in erster Linie die Bürgschaften materieller Natur prüfen, die als Sicherung für die Anleihe gegeben werden. Aber wenn diese Bürgschaften in diesem Prospekt hinterher auch noch so schön ausgemalt werden, „der Mann auf der Straße", der schließlich die Anleihe zeichnen soll, weiß nichts von Deutschland und kümmert sich verhältnismäßig wenig um die Pfänder. Ihm genügt, wenn sein Bankier ihm sagt, daß seine Anleihe sicher fundiert sei. Dagegen hat er in seinen Zeitungen sehr viel von dem latenten Kriegszustand gelesen, der in Europa herrscht. Und wenn ihm der Prospekt nicht gleichzeitig verkünden kann, daß diesem Kriegszustand ein Ende bereitet sei, so wird er der Anleihe mit Mißtrauen gegenüberstehen. Wichtiger beinahe als der Prospekt ist deshalb für das Gelingen einer internationalen Reparationsanleihe die Veröffentlichung irgendeines Staatsabkommens, das mit fetten Lettern als: „endlich Friede in Europa!" angekündigt werden kann.

* * *

Man kann deshalb tatsächlich mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit die Konversation über die Rheinlandfrage, die sich zwischen England und Frankreich angesponnen hat, als Teil von Unterhaltungen deuten, die über die Möglichkeiten einer Anleiheösung geführt werden. Das ganze Problem der Sicherung Frankreichs gegen etwaige Angriffe Deutschlands — diese unbegreifliche Psychose besteht nun einmal in Frankreich und muß als ein Faktum von Frankreichs Schuldner betrachtet werden — wäre heute gar nicht mehr akut, wenn das englische Parlament und insbesondere die amerikanische Volksvertretung den militärischen und politischen Garantievertrag ratifiziert hätten, den Wilson und Lloyd George Clemenceau in Paris in Aussicht gestellt hatten. Noch heute wäre die Frage verhältnismäßig einfach zu lösen, wenn Amerikaner und Engländer sich dazu verstehen wollten, noch nachträglich die gewünschten Garantien von sich zu übernehmen. Aber das wollen sie eben nicht. Und deshalb brütet man über Sicherungsformen, die letzten Endes zu Deutschlands Lasten gehen sollen. Das ist der Grund, weshalb man sich plötzlich auch in London für irgendeine „Entmilitarisierung der Rheinlande unter internationaler Kontrolle" interessiert.

* * *

Diese Unterhaltungen sind für Deutschland nicht ohne Gefahr. Denn wenn Frankreich und England sich über die Frage geeinigt haben, und wenn von englischer Seite ein Druck auf Deutschland ausgeübt wird, so entsteht eine recht unangenehme Situation. Möglich, daß auch über diese Seite der Reparationsfrage Lord d'Abernon in London berichten wird. Die englischen und deutschen Zeitungen, die diese Reise als harmlose Osterreise dargestellt haben, haben formal durchaus recht. Lord d'Abernon würde wahrscheinlich auch unter ruhigeren Verhältnissen nach England gereist sein. Denn seine Pferde laufen diesmal in Epsom, und man kann es begreifen, daß ein leidenschaftlicher Sportsmann die Ostertage dazu benutzt, einmal seine Zucht im Ring zu sehen. Aber daß Lord d'Abernen es nicht gerade vermeiden wird, Lord Curzon und Bonar Law zu sehen, und daß er mit ihnen nicht bloß über Pferdesport sich unterhalten wird, unterliegt zu wohl keinem Zweifel, und man muß immerhin damit rechnen, daß die Darstellungen, die er geben wird, nicht ganz ohne Bedeutung sind.

* * *

Gerade wenn man der Meinung ist, daß es sich bei den schließlichen Verhandlungen nicht bloß um die Zahlungsfrage, sondern auch um die tiefer gehende Rheinlandfrage" handeln wird, so ergibt sich, welche große Bedeutung die ruhige und konsequent durchgeführte Abwehr an der Ruhr hat. Denn sowohl für die englische Einstellung, als auch für die französischen Forderungen wird das Verhältnis der Unkosten der Ruhraktion zu ihrem Ertrag und die Abschätzung der Dauermöglichkeit des Widerstandes von besonderer Wichtigkeit sein. Es ist vielleicht gerade in diesem Augenblick nicht unnötig, auch nach außen hin zu betonen, daß hinsichtlich der Durchführung dieser Abwehr und der Notwendigkeit der passiven Resistenz in Deutschland keine Meinungsverschiedenheit besteht. Von rechts bis links bildet in dieser Hinsicht das deutsche Volk eine geschlossene Masse. Jede Regierung, die diese Abwehr führt, wird Volk und Parlament hinter sich haben. Es gibt deshalb im Augenblick keine größere politische Frivolität, als die Einmütigkeit dieser Abwehrfront zu durchbrechen. Leider wird aber gegen diese Selbstverständlichkeit von einem Teil der rechtsstehenden Parteien in immer steigendem Maße verstoßen. Gewisse Kreise arbeiten bereits jetzt deutlich erkennbar darauf hin, neue Dolchstoßlegenden vorzubereiten. Sie rechnen damit, daß in Zeiten außenpolitischer Schwierigkeiten derjenige im Vorteil ist, der skrupellos mit Verdächtigungen angreift. Mindestens gegenüber einem Gegner, der in der Abwehr sich aus vaterländischen Interessen heraus die Zurückhaltung auferlegt, nicht alles zu sagen, was nach seiner Auffassung geeignet wäre, die Argumente des Gegners zu entkräften und den eignen Standpunkt zu rechtfertigen.

* * *

Diese Kampfesweise stellt aber nur einen kleinen Teil des allgemeinen Bestrebens dar, die Zeit der Einheitsfront zu benutzen, um möglichst unbemerkt die deutsche Politik nach rechts zu schieben. Ein Symptom dieser überaus geschickten Taktik war bereits die Rede, die der Abgeordnete Helfferich in den Steuerdebatten des Reichstages gehalten hat. Es ist hier neulich erst anerkennend hervorgehoben worden, welche besonnene Haltung gerade der Abgeordnete Helfferich in den Fragen der Außenpolitik augenblicklich einnimmt. Es soll auch durchaus nicht behauptet werden, daß er etwa besonders den Wunsch hätte, unter der sicheren Deckung der verworrenen außenpolitischen Verhältnisse deutschnationale Angriffe gegen die inneren Zustände im Reiche vorzutragen. Aber bei ihm besteht immer die Gefahr, daß seine Reden zu Angriffen werden, weil er seiner ganzen Charakterveranlagung nach nur für solche plädieren kann. Er braucht immer ein Angriffsobjekt, gleichgültig, ob er sein Temperament an einer Sache oder an einer Person emporsteigert. Dr. Helfferich hat in seinen Angriffen gegen den Abgeordneten Dr. Herz eine Reihe von Dingen gesagt, die dringend der Widerlegung bedürften, die aber augenblicklich öffentlich nicht widerlegt werden können, ohne höhere Interessen zu verletzen. Auf diese Weise gehen seine Behauptungen unwidersprochen ins Land und beeinflussen dort die Stimmung. Ganz ähnlich, aber viel bewußter wird die Konjunktur in einzelnen Reichsministerien und Reichsämtern ausgenutzt. In manchen dieser Zentralstellen hat die kurze Zeit seit dem Austritt der Sozialdemokratie genügt, um einen vollkommenen Wechsel in der Personalpolitik hervorzubringen. In der Beamtenschaft wird vielfach darüber geklagt, daß an manchen Stellen die Korps heute wieder genau den Einfluß haben, wie unter der kaiserlichen Regierung. Und noch bewegter wird Klage darüber geführt, daß Beamte, die offen für die Republik eintreten und nicht nur Lippenbekenntnisse ablegen, mit wachsenden Schwierigkeiten zu kämpfen haben. In immer weiteren Kreisen empfindet man diese Zustände mit großem Unbehagen. Unter diesen Umständen sollten diejenigen, die eine rechtsgerichtete Politik vertreten, was ja gewiß ihr gutes Recht ist, nicht fortgesetzt Front-„Durchbrüche" auf der anderen Seite konstatieren, sondern sie hätten allen Grund, die Disziplin zu bewundern, die trotz aller Belastungsproben von den Anhängern der linksstehenden Gruppen gewahrt wird. Aber es muß doch einmal gesagt werden: daß die Einheitsfront, die das deutsche Volk augenblicklich bildet, nur dem Zwecke der Abwehr der Angriffe von außen dient, daß aber die meisten der Kämpfer in dieser Front durchaus nicht den Wunsch haben, die Weltanschauungsunterschiede und die Differenzen über wichtige innerpolitische Fragen auszulöschen oder auch nur

Zurückstellung der Garantiefrage?

Für direkte Lösung.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris**, 24. März.

In der Sicherheitsfrage ist bis jetzt bei den Erörterungen zwischen Paris und London kein Fortschritt erzielt worden. Am Quai d'Orsay wurde heute abend erklärt, es sei nicht damit zu rechnen, daß in nächster Zeit irgendeine Entscheidung in dieser Frage falle. Das Problem könne nicht gelöst werden, solange die gegenwärtige Spannung andauere.

Diese Aeußerung scheint zu bestätigen, daß die von Millerand begünstigte Strömung, die eine Regelung der Sicherheitsfrage durch direkte Verhandlungen mit Deutschland über das Rheinland und das Ruhrgebiet erstrebt, aufs neue Oberwasser gewonnen hat und der von Poincaré vertretene Gedanke einer interalliierten Lösung der Sicherheitsfrage wieder zurückgestellt wurde, vielleicht unter dem Eindruck wenig befriedigender Eröffnungen Englands.

Am Quai d'Orsay wurde heute abend bemerkt, zwischen der Sicherheitsfrage und der Reparationsfrage gebe es zweifellos „gewisse Berührungspunkte", aber die beiden Probleme seien bisher stets getrennt worden. Frankreich habe keine Handhabe zur Herstellung einer Verbindung zwischen den beiden Fragen. Die Besetzung des Ruhrgebietes sei „nur" wegen der durch die Reparationskommission festgestellten deutschen „Nichterfüllung" erfolgt und habe „mit der Sicherheitsfrage nichts zu tun". Die Lage wäre anders, wenn die Botschafterkonferenz die Nichtausführung militärischer Bestimmungen durch Deutschland festgestellt hätte.

Montag Auswärtiger Ausschuß.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags war auf Veranlassung der Sozialdemokraten, die über die Münchener Erklärung des Reichskanzlers, jede Diskussion über die Beendigung des gegenwärtigen Konflikts müsse von der vorbehaltlosen Räumung des Ruhrreviers ausgehen, Aufklärung wünschen, zu gestern nachmittag einberufen worden. Der abwesende Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Dr. Stresemann, war telegraphisch von dieser Einberufung in Kenntnis gesetzt worden. Dr. Stresemann kehrte gestern vormittag nach Berlin zurück und hatte eine Unterredung mit dem gleichfalls vormittags eingetroffenen Reichskanzler. Daraufhin wurde die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses auf Montag 10 Uhr vormittags verschoben. Wie wir hören, wird der Reichskanzler in der Sitzung erscheinen.

Neues Zoll-Regime im besetzten Gebiet.

Einführung des deutschen Zoll-Tarifes.

Brüssel, 24. März. (W. T. B.)

Die „Agence Belge" meldet, daß das provisorische Regime, nach dem Erzeugnisse bei ihrem Eintritt nach Deutschland einem Zoll von 10 v. H. ad valorem unterliegen, abgeschafft und der deutsche Zolltarif vom 25. März ab wieder in Kraft gesetzt wird.

*

Die vorliegende Meldung ist unklar; an den neuen, von Frankreich und Belgien gezogenen Zollgrenzen kann der deutsche Zoll-Tarif nicht „wiedereingeführt" werden, weil er dort nicht bestanden hat. Im übrigen ist ja die ganze Maßregel praktisch bedeutungslos, weil die deutschen Kaufleute und Industriellen an die französisch-belgischen Zollstellen keinerlei Abgaben, in welcher Höhe sie auch festgesetzt sein mögen, entrichten.

Frankreichs Koksmangel.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris**, 24. März.

Der Besuch des päpstlichen Delegierten für das Ruhrgebiet am Quai d'Orsay hat laut Verlautbarungen von amtlicher französischer Seite keinerlei politische Bedeutung. Die Unterredung zwischen Poincaré und dem Delegierten dauerte genau drei Minuten und bewegte sich nur in Höflichkeitsformeln.

Nach einem von der „Journée Industrielle" veröffentlichten Wochenbericht leidet die französische Industrie andauernd schwer unter dem Mangel an Kohlen und Koks. Die Preise sind trotz des Devisenrückganges nicht gefallen. Frankreich hat im Februar 1 370 000 Tonnen englische Kohlen eingeführt gegen 1 Million Tonnen Monatsdurchschnitt im Jahre 1922 und in der Zeit vor dem Kriege. Die Kohlenausfuhr aus England betrug im Februar 2 Millionen Tonnen mehr als im Februar 1922 und 300 000 Tonnen mehr als im Januar 1923.

Die Kokszufuhr nach Frankreich nimmt, dem Wochenbericht der „Journée Industrielle" zufolge, langsam zu. Belgien schickt 1000 Tonnen, Holland 500 Tonnen täglich. Die Kokszufuhr aus dem Ruhrgebiet wird auf „ungefähr 1000 Tonnen" geschätzt. Neuerdings trifft auch wieder tschechoslowakischer Koks auf Umwegen in Lothringen ein, nachdem diese Zufuhr lange durch Deutschland unterbunden worden sei.